Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe — **114. Jahrgang**

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 10.–, vierteljährl. M. 30.— für Abholer monatl. M. 9.50, Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 3.– monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 10.—, vierteljährlich M. 30.—; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatlich M. 7.50, vierteljährlich M. 22.50 (ausschließlich Postbestellgebühr). Auslandsversand: monatlich M. 10.— und Drucksachen-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf., Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. ausw. M. 5.–; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.00, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreise: für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto [illegible]. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co., Leipzig

Nr. 545 — Montag, den 22. November — 1920

Gas

Von

Ehm Welk-Leipzig.

Der Dichter und Zeitgenosse Georg Kaiser hat zwei Ballons giftigen Gases fabriziert und sie in Gestalt von Dramen, benannt „Gas I“ und „Gas II“, den Theatern zu Demonstrationsvorträgen zur Verfügung gestellt. Gas ist für ihn ein teuflisches Gemisch aus „Vernichtungswillen“ und „Kapitalismus“, ein Produkt kaltherziger oder gedankenloser Rechner; seine gelben Schwaden lagern über den Tälern des Lebens und töten alles, was freies Licht und reine Luft will, was den „Versöhnungswillen“ hat. Bei seinen Versuchen ist dem Dichter ein kleines Malheur passiert: er hat sich eine akute Gasvergiftung zugezogen. Der gefesselte Kapitalismus entwich, und der Dichter wurde verleitet, an fremdem Eigentum sich zu vergreifen. Jetzt sitzt er im Gefängnis. Man schweigt am besten zu solchem Geschick; aber die Einen höhnen den armen Mann, weil er, der gefeierte Poet, seine Lebenshaltung verbesserte, indem er Kunstgegenstände verkaufte, die ein Millionär ihm zur Aufbewahrung übergeben hatte; die Anderen preisen ihn deshalb; denn, sagen sie, er hat die Gestalten seiner Dichtungen gelebt, er ist dem Kapitalismus in die Zähne gesprungen. (Kapitalismus = Gas, aber für modernste Dichter darf Gas Zähne haben.) Ueber Kaisers Pech werden spätere Menschen hinwegsehen; vorausgesetzt, daß sie ihn kennen lernen, wofür seine Werke wegen der Manieriertheit ihres Stils keine sichere Gewähr geben. Eine dichterische Tat bleibt es aber und ein zeitgenössisches Dokument, wie Kaiser in dem fürchterlichsten Kriegsmittel eine Kraft sah, welche die heutige Menschheit bewegt und vernichtet.

*

Während des Weltkrieges hat ein Gegner den anderen beschuldigt, zuerst das giftige Gas verwendet zu haben. Was den Schimpfenden nicht hinderte, die besten Köpfe seines Volkes mobil zu machen für die Bereitung eines immer noch giftigeren Gases. Die Mittel der Hölle wendeten die Menschen an, um sich gegenseitig möglichst zahlreich in den Himmel zu bringen. Was dem Gebrauch des giftigen Gases sein furchtbares Renommee gab, war weniger sein Charakter eines unhumanen Kampfmittels — warum ein Granatsplitter oder ein Bajonettstich humaner sein soll, weiß ich nicht — und mehr das Geschrei darüber in den Zeitungen. Besonders schrien englische Blätter: nur die verfluchten Hunnen könnten Giftgas und U-Boot als Kriegsmittel einführen! Nach dem Kriege beschloß man, auf solche Waffen zu verzichten. Man beschloß manches.

Vor drei Tagen wurde Herrn Lloyd George im Unterhause eine Frage vorgelegt, die auch ohne Antwort Aufsehen erregen mußte, mit der Antwort aber den Dunst, der über der Welt liegt, blitzartig zerreißt. Die Frage lautete: „Warum stellen die englischen Betriebe noch immer giftige Gase her, will die Regierung weiterhin Giftgas im Kriege verwenden?“ Die Antwort Lloyd Georges: „Wir dürfen nicht aus dem Auge verlieren, daß es sehr mächtige Staaten gibt, die nicht im geringsten am Völkerbund teilnehmen. Soweit ich unterrichtet bin, werden in einem dieser Staaten gegenwärtig Versuche mit neuen Gasen gemacht. Ich kann vorderhand keinerlei Auskunft geben über die Haltung, die wir demgegenüber einzunehmen haben. Ein Land wie England darf nach diesem furchtbaren Kriege keinerlei Risiko laufen, das wäre unverantwortlich.“

Wenn der britische Premier daran die Hoffnung knüpfte, der Völkerbund möge die Rüstungen beschränken, so glaubte er selbst nicht an solche Machtmöglichkeit des Bundes. Das Land, das Versuche mit giftigen Gasen macht und England zu gleichen Taten zwingt, ist Nordamerika. Das Frage- und Antwortspiel im englische Unterhaus enthüllte also eine furchtbare Aussicht; wenn wir die nicht schon gewonnen hätten. Amerika vergrößert seine Flotte im Galopptempo, und sein Marinesekretär hat ihr schon die Bezeichnung der stärksten der Welt gegeben. England aber baut U-Boote über U-Boote und wird, sollte es einmal zu der großen Auseinandersetzung kommen, die Welt mit einem U-Bootkrieg überziehen, der keinen Kahn über den Ozean kriechen läßt.

*

So muß es also unbedingt zu neuen furchtbaren Kriegen kommen, und alle Völkerbundbestrebungen der Großmächte sind nur egoistische Versuche einzelner Staaten, die Machtvergrößerung des Nachbarn zu verhindern? Das erste kann kein Mensch mit Gewißheit sagen, das zweite keiner auf Ehre und Gewissen behaupten. Kriege sind durchaus nicht immer absichtlich herbeigeführte gewaltsame Auseinandersetzungen um bestimmte Werte; Kriege sind ebensooft Explosionen, hervorgerufen durch zufällige Reibungen der in einer mit Mißtrauen geschwängerten Atmosphäre lebenden Völker. Die Länder, die heute Giftgas erzeugen, erzeugen es in doppelter Bedeutung, und der Dichter, der es zum Symbol machte, schrieb Zeitgeschichte. Analyse des Giftgases: Mißtrauen, Kapitalismus, Vernichtungswillen.

*

Wie Kaiser seinem Blaukreuzgas den Versöhnungswillen gegenüber stellt und seine Hoffnung auf bessere Menschen, also stellen die Staaten den Kriegsrüstungen gegenüber ihr Gerede vom Versöhnungswillen. Völkerbund nennen sie es. Von Genf aus bläst man den Sauerstoff in die stickige Welt. Aber ist es Sauerstoff?

Wir Deutschen gehören nicht zu den nach Genf Geladenen und haben auch keinen Antrag auf Zulassung gestellt. Simons sagte das Selbstverständliche: „Wir wollen nicht hinein, solange wir nicht auf der Gegenseite den Wunsch sehen, uns als Gleichberechtigte aufzunehmen. Man drängt sich nicht in eine Gesellschaft hinein, in der sich Leute befinden, die öffentlich erklären, daß sie hinausgehen würden, wenn der andere hineinkäme.“

Mit der willkürlichen Ausschließung großer Staaten, dem freiwilligen Verzicht Amerikas und dem Vorhandensein des riesengroßen gegenseitigen Mißtrauens ist aber schon die Unfähigkeit der Genfer Institution erwiesen. Der Genfer Einrichtung, nicht der Völkerbundidee überhaupt. Und auch den Völkerbund, wie er in Genf arbeitet, kann man nicht als diplomatisches Mittel gerissenener Ententepolitiker, die Gläubigen einzuwickeln, ansehen. Es sind zuviel ehrliche Persönlichkeiten versammelt, die den Versöhnungswillen wirklich in der Brust tragen. Da ist die würdige Erscheinung Lord Robert Cecils, Vertreter von Südafrika. Ihm glauben auch die Gegner des Völkerbundes die Echtheit der Gefühle. Und die Tatsache, daß der Burengeneral Smuts ihn, den Sohn des Burenbesiegers, nach Genf schickte, ist auch ein Beweis für die siegreiche Kraft des Versöhnungswillens. Lord Robert Cecil griff Polen an wegen des Vorgehens gegen Litauen und verlangte strenge Untersuchung. Da ist weiter der Engländer Barnes, der im Namen der englischen Arbeiter die Zulassung der Mittelmächte forderte. Der Norweger Dr. Hagerupp, der für die drei skandinavischen Staaten einen Entwaffnungsantrag einbrachte und die Frage der Verteilung der Kolonialmandate aufrollen will. Der argentinische Außenminister Pueyrdon, der zum ersten Male den verpönten Namen Deutschland nannte und die Korrektheit der deutschen Seekriegsführung lobte. Es werden noch mehr folgen. Aber demgegenüber steht die Unsicherheit anderer Vertreter und die Hartnäckigkeit und das Mißtrauen wieder anderer. Steht gegenüber vor allen Dingen das Ergebnis. Besonders eines, aber das genügt auch: die Uebertragung des Mandats für Danzig an Polen! Bedenken dagegen haben alle Vertreter gehabt, mit Ausnahme des französischen. England machte sogar einen Vorstoß, versteckt, wie es englische Politik ist: es ließ von dem Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, den polnischen Antrag bekämpfen. Sir Drummond bekam dafür einen schweren Rüffel in der französischen Presse; sehr deutlich sagte das „Echo de Paris“: „Im Namen welchen Landes äußerte er sich? Als internationaler Beamter kann er nicht im Namen Englands sprechen. Aeußerte er sich im Namen der Ueber-Regierung, welche die Phantasten unter seinen Mitarbeitern zu schaffen versuchen? Die Gelegenheit ist günstig, zu betonen, daß der Generalsekretär und seine Mitarbeiter einfach ausführende Beamte sind und daß jede eigene Stellungnahme ihnen untersagt ist. Hoffentlich wird die französische Kammer, die das Gehalt Sir Eric Drummonds genehmigen muß, ihm zu verstehen geben, daß er sein Amt nicht benutzen darf, um die Thesen Sir Reginald Towers zu unterstützen.“ Und der „Temps“: „Polen muß seine Lage angesichts der Gefahr eines neuen bolschewistischen Angriffes festigen, indem es Wilna räumen läßt, den Vertrag mit Danzig unterzeichnet und beim Völkerbundsrat seine Betrauung mit der etwaigen militärischen Verteidigung von Danzig durchsetzt.“ Polen hat sie durchgesetzt, es ist der militärische „Beschützer“ Danzigs geworden. Die Begründung ist bekannt; sie zeigt zwar deutlich, daß auch der Völkerbund den Polen nicht über den Weg traut, sie zeigt aber andererseits die Ohnmacht des heutigen Völkerbundes. Dieser Akt hat den Eindruck vorweg verwischt, den die Drohung an die tschechische Regierung machen könnte, der Völkerbund werde sich mit der Frage des Minoritätenschutzes in der Tschechoslowakei beschäftigen, wenn die Deutschenverfolgungen nicht aufhörten. Er läßt auch keine Erwartungen mehr zu, die der möglichen Behandlung der deutschen Frage entgegengebracht werden könnten.

*

Erkennen wir an, daß in Genf ehrliche Versuche unternommen werden, das Giftgas aus der Welt zu ziehen. Gelingen wird das diesem Völkerbunde nicht; was in den Kriegsbetrieben Englands und Amerikas in Granaten gefüllt wird, das füllt vor allem Frankreichs Presse und Regierung in Reden und Artikel. „Man lasse sich nicht von den deutschen Tugenden blenden!“ warnt der „Eclair“. Von den Tugenden! Daneben bespricht er die Möglichkeit eines Kabinetts Poincaré in Frankreich und die Ersetzung des zu friedlichen Präsidenten Masaryk in Prag durch den Chauvinisten Kramarsch. Und er stellt nicht eine vereinzelte Pressestimme dar. An diesem Giftgas, das er in Ballone einzusperren versucht, und, schlecht gemischt, der Welt als Leuchtgas oder gar als Sauerstoff offeriert, kann sich der Völkerbund die gleiche Erkrankung holen, die den Dichter Kaiser befiel. Welche Aussicht uns aber nicht hindern soll, ehrlich weiter der großen Idee der Versöhnung nachzuleben.

Viviani über Deutschlands Zulassung zum Völkerbund

Frankreich sucht die Zulassung hinauszuschieben

(Eigener Drahtbericht.)

Genf, 21. November.

Es verlautet, daß Viviani im Namen der französischen Regierung verlangen werde, daß Deutschland keinesfalls vor dem 1. November 1921, d. h. ½ Jahr nach dem 1. Mai 1921, dem Ablaufe der Frist für die Festsetzung der Entschädigung, in den Völkerbund zugelassen wird. Der französische Vertreter soll dagegen bereit sein, unverzüglich Oesterreich und Bulgarien in den Völkerbund aufzunehmen. Als Grund für die weitgehende Verschiebung wird angegeben, daß vorerst die Entschädigungsfrage vollkommen erledigt sein müsse. Der wahre Grund dürfte aber der sein, worauf wiederholt hingewiesen worden ist, daß die französische Politik unbedingt abwarten will, bis sie in der amerikanischen Politik klar geworden ist.

30 Nationen auf Seiten Frankreichs?

Paris, 21. November.

Der Berichterstatter des „Matin“ in Genf Stefan Lauzanne erfährt aus bester Quelle, daß die japanische Delegation genaue Instruktionen ihrer Regierung erhalten habe für den Fall, daß die Versammlung sich über die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund aussprechen sollte. Nach diesen Instruktionen sollte die japanische Delegation formelle Vorbehalte aufstellen und vollständig die französische These stützen, die auch Branting billige, nämlich die Weigerung Frankreichs, Deutschland eher zuzulassen, als es seine Verpflichtungen auszuführen beginne. Die australische Delegation werde, wie Lauzanne hinzufügt, wahrscheinlich auf Frankreichs Seite stehen. Wenn man zur Abstimmung schreite, so werde Deutschland nur auf Norwegen, Holland und die argentinische Republik rechnen können. Mehr als 30 Nationen würden für Frankreich stimmen. Was die Zulassung Oesterreichs und Bulgariens angehe, die durch offizielle Schreiben um Zulassung in den Völkerbund ersuchten, so sei die Lage eine andere, da diese beiden Länder mit Ausführung ihrer Verpflichtung begonnen und Beweise ihres loyalen guten Willens gegeben hätten. Die allgemeine Stimmung sei dafür, den Gesuchen zu entsprechen; es scheine, daß Frankreich keine Einwendungen mache, es sei jedoch möglich, daß man auf einen gewissen Widerstand seitens Griechenlands und Südslawiens stoßen würde. Morgen oder in den ersten Tagen der nächsten Woche, so schließt Lauzanne, werde Viviani den französischen Standpunkt in dieser Frage zur Kenntnis bringen.

Amerika und der Völkerbund

Rom, 21. November.

„Giornale d'Italia“ bringt für Deutschland beachtenswerte Einzelheiten über die Rückwirkung der amerikanischen Präsidentenwahl in England. Hardings Sieg sei in England durchweg als eine antibritische Demonstration des amerikanischen Volkes beurteilt worden. Das Harding wählende Amerika erachte den Völkerbund als ein Werkzeug des britischen Imperialismus und werde nunmehr alles tun, durch passives Verhalten und offene Ablehnung die Utopie des Völkerbundes zu vernichten. Daher sehe man in London eine Revision des Versailler Vertrages voraus, die der Möglichkeit eines Separat-Friedens zwischen Amerika und Deutschland vorgezogen würde. Man nimmt in London an, daß Amerika sich Deutschland mit eifrigem Entgegenkommen nähern werde. Der Korrespondent glaubt sich nicht in der Voraussage zu irren, daß Lloyd George gegen seinen Wunsch infolge des Ausfalls der amerikanischen Wahlen demnächst einen Schritt unternehmen werde, die Harmonie in den englisch-französischen Beziehungen wieder herzustellen. Bevor noch Harding in das Weiße Haus einziehen werde, sei vorauszusehen, daß England im Verein mit Frankreich Deutschland die eiserne Faust zeigen werde mit der Hinterabsicht, den Griff je nach den sich bietenden Gelegenheiten zu lockern. Möglich sei ferner die Gestaltung des Völkerbundes ohne Amerika durch würdevolle Aufnahme Deutschlands mit einer Spitze gegen Asien und den Bolschewismus. Man zweifle jedoch in London, hierfür die ehrliche Unterstützung Frankreichs zu finden. Der Korrespondent schließt, indem er es als einen Irrtum bezeichnet, wenn man in Italien glaube, daß die diplomatischen Reibungen zwischen England und Frankreich zu einer offenen deutsch-britischen Annäherung, womöglich mit Kündigung des französisch-belgischen Bündnisses führen könnten.

Das „Aber“ des Temps

Paris, 21. November.

„Es ist klar, daß Deutschland eines Tages Mitglied des Völkerbundes wird“, so schreibt der „Temps“, dann kommen die Aber: „Deutschland muß dieses Gesuch selber einreichen, aber dieses Gesuch muß von einer Kommission geprüft werden. Aber die Völkerbundversammlung muß mit zwei Drittel Mehrheit für die Zulassung sein. Aber man kann nicht abstimmen, solange Amerika noch mitmacht, denn die Amerikaner haben auch ein Mitspracherecht usw. Fällt für den Engländer Barnes etwas ab? Barnes hat zwar ausdrücklich erklärt, er rede nicht im Namen des englischen Vertreters, sondern für sich und die englische Arbeiterschaft. Der „Temps“ jedoch spricht ihm jedes Recht ab, im Namen der englischen Arbeiter zu reden; denn erstens sei Barnes von der englischen Arbeiterschaft abgesprungen und zweitens sei der englischen Arbeiterschaft der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gleichgültig. Der Beweis für letztere Behauptung? Mit gereiztem Ton versetzt der „Temps“, es liege daran, daß die englischen Arbeiter gegenwärtig ganz andere Sorgen hätten. „Welche?“ Irland, repliziert der „Temps“ zornentbrannt.

Den Gefallenen zum Gedächtnis

Dr. Meyer legt einen Kranz am Denkmal der deutschen Soldaten in Paris nieder.

(Drahtbericht.)

Paris, 21. November.

Am heutigen Totensonntag legte der deutsche Botschafter Dr. Meyer an dem Denkmal für die auf dem Friedhof Agneux in der Pariser Vorstadt Mont rouge beerdigten deutschen Soldaten einen Kranz nieder. Dr. Meyer hielt dabei an die versammelten Mitglieder der deutschen Botschaft und der deutschen Friedensdelegation folgende Ansprache:

„Ueber 1 Million deutsche Soldaten liegen auf französischem Boden begraben. Unermeßlich ist die Zahl der Mütter, Bräute, Frauen und Kinder der Gefallenen, die heute in der Heimat mit dem Gedanken an den Gräbern ihrer Lieben weilen. Mit ihnen gedenkt das ganze Volk in Trauer und Ehrfurcht seiner fürs Vaterland gefallenen Söhne. Zur Ehre des Gedenkens der Treuen lege ich namens der Reichsregierung und der deutschen Heimat diesen Kranz nieder. Das deutsche Volk wird auch im Unglück und Not seine Helden und ihre Taten nie vergessen, es neigt sich in unaussprechlicher Dankbarkeit und Bewunderung vor ihrem Andenken, das ihm ein heiliges Vermächtnis bleiben wird.“

Für die deutschen Mütter und Frauen legte Frau Botschafter Meyer einen Kranz nieder. Für die deutsche Friedensdelegation Gesandter von Mutius.

Dr. Simons und Südtirol. Der Abgeordnete Dr. Stresemann, der Führer der Deutschen Volkspartei, hat eine kleine Anfrage an die Regierung gerichtet, betreffend Südtirol. Die Reichsregierung wird gefragt, ob sie Kenntnis habe von der Erklärung des deutschen Botschafters in Rom an die „Tribuna“ und ob die Reichsregierung diese Erklärung billige.